



Seit dem Sommer toben die Kämpfe um das ostukrainische Bakhmut, das Moskau trotz der Unterstützung der paramilitärischen Gruppe Wagner bisher erfolglos zu erobern versucht.

Russland gab am Mittwoch die Einnahme von drei Dörfern in der Nähe von Bakhmut, einer mittlerweile weitgehend zerstörten Stadt in der Ostukraine, bekannt. Der Chef der sogenannten Wagner-Gruppe, der Milliardär Jewgeni Prigoschin, nannte es „das Schlachthaus von Bakhmut“ und schwor, dort „die ukrainische Armee vernichten“ zu wollen.

„Infolge offensiver Aktionen haben russische Soldaten die Ortschaften Bilogorivka und Perche Travnia“ (ein Dorf, das auf Ukrainisch Ozarianyvka heißt) befreit, meldete das russische Verteidigungsministerium am Mittwochnachmittag. Das erste Dorf liegt etwa 25 km nördlich von Bakhmut und das zweite etwa 20 km südlich. Im weiteren Verlauf des Mittwochs gab Moskau die Einnahme einer dritten Ortschaft, Andriivka, südlich der Stadt Bakhmut bekannt. Darüber hinaus beansprucht Russland in einem anderen Teil der Region Donezk die Eroberung der Ortschaft Vodiane und rückt damit etwas näher an Awdiijwka heran, eine Stadt, die seit 2014 in der Nähe der Frontlinie liegt. Seit dem Sommer toben die Kämpfe um Bakhmut, das trotz der Unterstützung der paramilitärischen Gruppe Wagner von den russischen Truppen nicht eingenommen werden konnte.

Teilweise zerstörte Stadt

Der Kampf um Bakhmut hat für die russischen Militärs eine umso symbolischere Bedeutung erlangt, als die Eroberung der Stadt nach einer Reihe von demütigenden Niederlagen kommen würde. Nach Rückzügen aus Charkiw (Nordosten) im September und Cherson (Süden) im November. Die russische Armee kündigt regelmäßig die Eroberung kleinerer Ortschaften in der Umgebung von Bakhmut an, war aber bislang nie in der Lage, in die Stadt einzudringen. Nach Angaben der ukrainischen Behörden leben in Bakhmut noch fast die Hälfte der 70.000 Bewohner. Die Stadt ist heute teilweise zerstört, insbesondere aufgrund von Artilleriebeschuss, und hat keinen Zugang mehr zu Strom oder Gas, wie aus einem Bulletin des ukrainischen Präsidialamts vom Mittwochmorgen hervorgeht.